

Der Erwerb dieser Vermögensanlage ist mit erheblichen Risiken verbunden und kann zum vollständigen Verlust des eingesetzten Vermögens führen.

(Stand 16.02.2023, Aktualisierung 0)

A. Information zur Vermögensanlage

1. Art und Bezeichnung der Vermögensanlage

Bei der Vermögensanlage handelt es sich um ein qualifiziert nachrangiges partiarisches Darlehen mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre („partiarisches Nachrangdarlehen“). Die Bezeichnung der Vermögensanlage lautet „Crowdinvesting clean & green holdings GmbH I“.

2. Angaben zur Identität des Anbieters, der Emittentin einschließlich seiner Geschäftstätigkeit und der Internet-Dienstleistungsplattform

Anbieter und Emittentin der Vermögensanlage ist die Firma clean & green holdings GmbH („Emittentin“), Steinesweg 7, 40822 Mettmann (DE), eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Wuppertal unter der Registernummer HRB 29232. Geschäftstätigkeit der Emittentin ist die Beteiligung, Entwicklung und Steuerung von Tochtergesellschaften mit nachhaltigen Geschäftsmodellen sowie deren Veräußerung. Die Internet-Dienstleistungsplattform ist www.conda.de der Firma CONDA Deutschland Crowdinvesting GmbH („CONDA“, Kurzstraße 9, 81547 München, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Registernummer HRB 214543. Die Informationen auf der Plattform werden von der Emittentin selbst bereitgestellt und verwaltet.

3. Anlagestrategie, Anlagepolitik und Anlageobjekte

Anlagestrategie ist es, der Emittentin durch die Gewährung eines qualifiziert nachrangigen partiarischen Darlehens (Crowdinvesting clean & green holdings GmbH I) die Investition in die operative Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaft Pro Terra Maroc S.a.r.l, Hay El Kassam 1 N° B71 73000 Dakhla, Marokko, eingetragen im Registre du Commerce (No. I.C.E.) 6663 durch Weiterleitung der partiarischen Nachrangdarlehensvaluta an diese zu ermöglichen. Anlagepolitik ist es, die partiarische Nachrangdarlehensvaluta (Crowdinvesting clean & green holdings GmbH I) in Form eines Gesellschafterdarlehens „Darlehen Pro Terra Maroc S.a.r.l“ an die Tochtergesellschaft in Marokko zum Zweck der Umsetzung der untenstehenden Maßnahmen, weiterzuleiten. Die clean & green holdings GmbH hält 6.100,00 MAD (marokkanische Dirham) des gezeichneten Kapitals i.H.v. 12.000,00 MAD, die Kapitalbeteiligung soll unverändert bleiben und die Beteiligungsdauer ist unbefristet. Die angestrebte Einflussnahme beschränkt sich auf die Ausübung der Gesellschafterrechte, das Management wird nicht übernommen. Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaft ist die Zucht, Aufzucht und Verwertung von Fischen und Algen sowie deren weltweiter Vertrieb von daraus erzeugten Produkten für die Dauer der Finanzierung und darüber hinaus. Aus der Geschäftstätigkeit werden Einnahmen generiert, welche zur Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens verwendet werden. Die Konditionen des Gesellschafterdarlehens lauten wie folgt: Darlehenssumme: 1.368.500,00 €. Zinssatz: 9% p.a. (act/360), Zinstermine: 31.05. und 30.11., Laufzeitbeginn: 31.05.2023, Laufzeit 6 Jahre. Es besteht kein Kündigungsrecht. Die Tilgung erfolgt in 4 gleichen halbjährlichen Raten, die erste Rate am 30.11.2027 und die letzte Rate am 31.05.2029. Mit dem eingeworbenen Kapital sollen Kapazitäten zur Auftragserzielung und Auftragsabwicklung für die Tochtergesellschaft geschaffen werden, wodurch sich in weiterer Folge auch die Profitabilität, das EBITDA und der Verkehrswert der Tochtergesellschaft Pro Terra Maroc S.a.r.l. und folglich auch der Emittentin erhöhen sollen. Es sollen folgende Maßnahmen von der Tochtergesellschaft getroffen werden: Erweiterung der Produktion Die von den Anlegern geleisteten Zahlungen sollen zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit und des Wachstums an das in Marokko ansässige Tochterunternehmen Pro Terra Maroc S.a.r.l. weitergeleitet werden und für folgendes Anlageobjekt verwendet werden:

Anlageobjekt : Erweiterung der Produktion

Es soll eine neue Anlage zur Zucht von Fisch (Tilapia) und Algen errichtet werden. Dafür soll der Erwerb von Fisch- und Algenbecken inklusive Pumpen (zur Wasserzirkulation), Filtersysteme (zur mechanischen Reinigung und zur biologischen Aufbereitung des Wassers) und einer Überdachung (1.060.000,00 €) finanziert werden. Weiters werden Futtermittel in der Höhe von 180.000,00 € und sonstige Betriebsmittel (Strom, Wasser, Sprit) i.d.H.v. 128.500,00 € erworben. Lieferverträge mit den Lieferanten der wesentlichen Gewerke sind abgeschlossen. Pro Jahr können mit dieser Anlage durchschnittlich 2.000 Tonnen Fisch und 48 Tonnen Mikroalgen produziert werden. Die Selektion der Vertriebswege und Vertriebspartner („Kunden“), Vertragsabschlüsse, Fakturierung und Lieferung der Fisch- und Algenprodukte erfolgt durch das Tochterunternehmen. Standort- und Erschließungskosten wurden bereits finanziert. Die von den Anlegern ausgereichten partiarischen Nachrangdarlehen sind zweckgebunden. Die Tochtergesellschaft steuert die Erweiterung der Produktionsanlage. Alle Genehmigungen zum Bau des Anlageobjektes liegen vor. Mittelverwendung: 1.368.500,00€ (100% der Nettoeinnahmen) Realisierungsgrad: 68%

Summe Mittelverwendung (vgl. Gesamtkosten): 1.368.500,00 €

Emissionsvolumen	1.500.000,00	
Emissionskosten	-131.500,00	
Nettoeinnahmen	1.368.500,00	100% Fremdkapital
Eigenkapital	0,00	0% Eigenkapital
Summe Mittelherkunft	1.368.500,00	100%

Die Nettoeinnahmen aus den Anlegergeldern sind zur Umsetzung des Vorhabens ausreichend. Eigenkapital wird nicht eingesetzt. Verträge zum Kauf der Becken sind abgeschlossen. Zins- und Rückzahlung sollen aus Beteiligungserträgen aus der Beteiligung an der Tochtergesellschaft Pro Terra Maroc S.a.r.l., sowie aus den Mitteln, die die Emittentin aus den Einnahmen der Kreditforderungen des Gesellschafterdarlehens an die Pro Terra Maroc S.a.r.l. generiert, erwirtschaftet werden. Die Pro Terra Maroc S.a.r.l. generiert Einnahmen aus dem Verkauf von Fisch und Algen (Anlageobjekt). Die Prozentangaben zur Mittelverwendung (Verteilung der Nettoeinnahmen) sind gerundet.

4. Laufzeit, Kündigungsfrist der Vermögensanlage und Konditionen der Zinszahlung und Rückzahlung

4.1 Laufzeit und Kündigungsfrist der Vermögensanlage

Die Emittentin kann den partiarischen Nachrangdarlehensvertrag nur annehmen, wenn durch Anleger für diese Vermögensanlage bis zum 28.02.2023 („Finanzierungszeitraum“) insgesamt ein Betrag von mindestens EUR 50.000,00 aufgebracht wird („Funding-Schwelle“). Die Emittentin kann den Finanzierungszeitraum bis zu zehn Monate verlängern. Wenn die Funding-Schwelle auch nach der Verlängerung des Finanzierungszeitraums nicht erreicht wird, kommt kein partiarischer Nachrangdarlehensvertrag zustande und es werden die partiarischen Nachrangdarlehensbeträge unverzüglich, in voller Höhe, jedoch unverzinst an die Anleger zurückgezahlt.

Die Laufzeit des partiarischen Nachrangdarlehens und somit der Vermögensanlage beginnt mit Vertragsschluss, also mit der individuellen Annahme des partiarischen Nachrangdarlehensangebots des Anlegers durch die Emittentin und endet am 30.06.2029. Ein ordentliches Kündigungsrecht des Anlegers besteht nicht, jedoch kann das partiarische Nachrangdarlehen aus wichtigem Grund außerordentlich und fristlos gekündigt werden. Die Emittentin hat ein Sondertilgungsrecht (Sonderkündigungsrecht) und ist berechtigt, den partiarischen Nachrangdarlehensvertrag auch ohne Angabe von Gründen jeweils zum 30.06. oder 31.12. eines Jahres vor dem Ende der Laufzeit zu kündigen und vollumfänglich zurückzuzahlen. Die Kündigungsfrist beträgt 60 Tage. Das Recht der Emittentin zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

4.2 Konditionen der Zinszahlung und Rückzahlung

Die Zinszahlung besteht aus einem laufenden partiarischen Nachrangdarlehenszins (Basiszins) und einem laufenden Bonuszins, der abhängig vom erzielten EBITDA (Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization) der Emittentin ist, beides auf den jeweils ausstehenden partiarischen Nachrangdarlehensbetrag. Der laufende partiarische Nachrangdarlehenszins beträgt 8,00% p.a. (act/360: Dies bedeutet, dass die Zinstage kalendergenau ermittelt werden und der Berechnung ein Zinsjahr von 360 Tagen zugrunde gelegt wird.) bzw. 9,00% bei Zeichnung innerhalb der ersten 14 Tage ab Beginn des Angebots auf der Internet-Dienstleistungsplattform (Early Bird), wobei die Emittentin eine Verlängerungsoption um weitere 14 Tage hat. Die Zahlung aufgelaufener Zinsen ist jeweils am 30.06. und 31.12 eines Jahres fällig, frühestens jedoch drei Monate nach Ende des Finanzierungszeitraums, die letzte mit der Rückzahlung. Sollte das Eigenkapital der Emittentin negativ sein oder die Zinszahlung zu einem Insolvenzgrund führen, wird die Zinszahlung auf die Folgeperiode vorgetragen. Vorgetragene Zinszahlungen unterliegen derselben, vom Zeichnungszeitpunkt abhängigen Verzinsung. Der noch nicht zurückgezahlte partiarische Nachrangdarlehensbetrag wird neben dem Basiszinssatz zusätzlich mit einem Bonuszinssatz verzinst. Der Bonuszinssatz ist das Produkt aus dem EBITDA des jeweils sechs oder zwölf Monate vor Zinszahlungstermin endenden Geschäftsjahres, multipliziert mit dem Bonuszinssatz je EUR 1,00 des EBITDA in Höhe von 0,000001685% p.a. (act/360). Der Bonuszinssatz entfällt, wenn im jeweiligen Geschäftsjahr der Emittentin ein negatives EBITDA festgestellt wird. Ein negativer Bonuszins ist ausgeschlossen. Der Anleger ist nicht am negativen Betriebserfolg beteiligt. Der Bonuszinssatz wird zu jedem Zinszahlungstermin neu berechnet. Der ermittelte Bonuszinssatz gilt zum ersten Zinszahlungstermin für den Zeitraum von der Annahme des partiarischen Nachrangdarlehens durch die Emittentin bis zum ersten Zinszahlungstermin. An jedem weiteren Zinszahlungstermin gilt der ermittelte Bonuszinssatz vom Zeitraum seit dem jeweils vorhergehenden Zinszahlungstermin bis zum jeweiligen Zinszahlungstermin. Von dem ermittelten Betrag werden anteilig je Anleger die im Zusammenhang mit der Abwicklung des Bonuszinses verbundenen Kosten für die Nutzung der Internet-Dienstleistungsplattform von 15% des Bonuszinses vor Berücksichtigung der Abwicklungskosten abgezogen und so ergibt sich der Bonuszins. Die Rückzahlung des partiarischen Nachrangdarlehensbetrages an den Anleger erfolgt halbjährlich jeweils am 30.06. und am 31.12. ab dem 31.12.2027 bis zum Laufzeitende am 30.06.2029 durch Tilgung in 4 gleichen Raten. Für den Fall einer vorzeitigen Sondertilgung erhält der Anleger eine Verzinsung in Höhe von 14,00% p.a. (act/360). Diese Verzinsung wird erreicht, indem der Anleger zusätzlich zum Rückzahlungsbetrag und den Zinsen eine Bonuszahlung in der Höhe erhält, die (unter Berücksichtigung der laufenden Verzinsung mit Basiszinssatz und Bonuszinssatz und vor Abzug der Kosten für die Abwicklung) erforderlich ist, um dem Anleger insgesamt eine Verzinsung des partiarischen Nachrangdarlehensbetrags seit Vertragsabschluss in Höhe von 14,00% p.a. (act/360) zu sichern. Auch von diesem Betrag werden die im Zusammenhang mit der Abwicklung der Bonuszahlung

stehenden Kosten für die Nutzung der Internet-Dienstleistungsplattform von 15% der Bonuszahlung vor Berücksichtigung der Abwicklungskosten abgezogen. Bei Sondertilgung erfolgt die Rückzahlung des partiarischen Nachrangdarlehens zum Zeitpunkt, auf den gekündigt wurde. Zu diesem Zeitpunkt sind auch aufgelaufene Zinsen und die Bonuszahlung zu zahlen.

5. Risikohinweise

Bei der gegenständlichen Vermögensanlage handelt es sich um eine langfristige Anlage. Mit der Anlageform sind Chancen und Risiken verbunden und es können keine Zusagen oder verlässliche Prognosen über künftige Erträge gemacht werden. Insbesondere stellen etwaige erwirtschaftete Erträge in der Vergangenheit keinen Indikator für künftige Erträge dar. Bei der folgenden Darstellung der Risiken handelt es sich nur um die wesentlichen Risiken:

a) Qualifizierter Rangrücktritt mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre

Um einen Insolvenzeröffnungsgrund im Sinne von § 16 InsO der Emittentin zu vermeiden, tritt der Anleger gemäß §§ 19 Abs. 2 S. 2, 39 Abs. 2 InsO in einer Insolvenz oder Liquidation der Emittentin mit sämtlichen Forderungen aus diesem partiarischen Nachrangdarlehensvertrag (einschließlich des Rückzahlungs- und Zinsanspruchs) im Rang hinter sämtliche Forderungen von gegenwärtigen und zukünftigen anderen Gläubigern (mit Ausnahme von anderen nachrangigen oder gleichrangigen Gläubigern) in den Rang hinter die Forderungen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 InsO zurück. Der Anleger verpflichtet sich, die Nachrangforderungen außerhalb eines Insolvenzverfahrens soweit und solange nicht geltend zu machen, wie die teilweise oder vollständige Erfüllung der Nachrangforderungen einen Grund im Sinne der §§ 16 ff. InsO für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin herbeiführen würde (vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre). Dies kann dazu führen, dass die Forderungen des Anlegers dauerhaft nicht erfüllt werden.

b) Insolvenzzisiko

Darunter versteht man die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Emittentin. Zahlungsunfähigkeit der Emittentin führt regelmäßig zu einem Totalverlust. Es gibt keine wie bei Bankeinlagen übliche Einlagensicherung oder sonstige Entschädigungseinrichtung.

c) Geschäftsrisiko

Der Anleger nimmt mit seinem eingezahlten Kapital an dem unternehmerischen Geschäftsrisiko teil. Der wirtschaftliche Erfolg der Investition und damit auch der Erfolg der Vermögensanlage kann nicht mit Sicherheit vorhergesehen werden. Aussagen und Einschätzungen über die zukünftige Geschäftsentwicklung können unzutreffend werden. Die Emittentin kann Höhe und Zeitpunkt von Zu- und Abflüssen nicht zusichern oder garantieren. Der wirtschaftliche Erfolg hängt von mehreren Einflussgrößen ab, insbesondere der Entwicklung der Märkte für Fische und Algen. Auch rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen können sich verändern und Auswirkungen auf die Emittentin haben.

d) Besonderes Risiko bei Fremdfinanzierung des Erwerbs

Nutzt der Anleger Fremdfinanzierung zum Erwerb der Vermögensanlage, ist er generell einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Die aufgenommene Fremdfinanzierung muss, unabhängig vom Erfolg der Vermögensanlage, zurückgeführt werden. Das kann für solche Anleger besonders nachteilige Folgen, bis hin zur Privatinsolvenz, haben. Kosten der Fremdfinanzierung schmälern außerdem den Ertrag und damit die Gewinnchancen ganz erheblich. Insbesondere Privatpersonen ist von fremdfinanzierten Investitionen dringend abzuraten.

e) Totalverlustrisiko / Maximales Risiko

Darunter versteht man das Risiko, dass ein Investment vollständig wertlos wird. Das Risiko des Totalverlustes bei Einzelinvestments ohne Risikostreuung ist entsprechend höher. Über das Risiko des Totalverlustes des eingesetzten Kapitals hinaus können Anleger bei besonderen persönlichen Vermögensverhältnissen (z.B. Fremdfinanzierung des Erwerbs der Vermögensanlage nach Punkt d) zusätzliche Vermögensnachteile treffen, was im schlimmsten Fall zum Maximalrisiko, der Privatinsolvenz, führen kann.

f) Malversationsrisiko

Darunter ist das Risiko zu verstehen, dass es bei der Emittentin zu strafbaren Handlungen von Mitarbeitern/Organen kommt. Diese können nie ausgeschlossen werden. Malversationen können die Emittentin mittelbar oder unmittelbar schädigen und auch zur Insolvenz der Emittentin führen.

g) Klumpenrisiko

Darunter versteht man jenes Risiko, das entsteht, wenn ein Anleger keine oder nur eine geringe Streuung des Portfolios vornimmt. Von einem Investment in nur wenige Titel ist daher abzuraten.

h) Erschwerte Übertragbarkeit

Darunter ist zu verstehen, dass Vermögensanlagen wie diese nur unter besonderen Bedingungen übertragbar sind und dass es in der Regel keinen geregelten Zweitmarkt oder Kurswert gibt.

6. Emissionsvolumen, Art und Anzahl der Anteile

Das Emissionsvolumen des partiarischen Nachrangdarlehens beträgt EUR 1.500.000,00 (Funding-Limit). Das Angebot in Deutschland ist Teil eines Gesamtangebots, das auch in Österreich angeboten wird. Das Angebot in Österreich hat noch nicht begonnen. Das gezeichnete Volumen in Deutschland reduziert das zur Verfügung stehende Volumen in Österreich und umgekehrt.

Die Emittentin lädt Anleger ein, ein Angebot über den Abschluss eines qualifiziert nachrangigen, unbesicherten, partiarischen Darlehens an die Emittentin zu stellen. Aus dem partiarischen Nachrangdarlehen erwachsen Rechte (insbes. Informationsrechte, Gläubigerrechte) und Pflichten (insbes. auf Einzahlung des partiarischen Nachrangdarlehens).

Jeder Anleger hat die Möglichkeit, ab einem Betrag in Höhe von EUR 100,00 zu investieren. Es können maximal 15.000 partiarische Nachrangdarlehen zu je

EUR 100,00 begeben werden. Der Gesamtbetrag eines Anlegers muss mindestens EUR 100,00 betragen, höhere Beträge müssen durch 100 teilbar sein. Der Maximalbetrag eines Anlegers beläuft sich auf EUR 25.000,00. Ist der Anleger eine Kapitalgesellschaft oder eine GmbH & Co. KG, deren Kommanditisten gleichzeitig Gesellschafter der GmbH oder an der Entscheidungsfindung der GmbH beteiligt sind, sofern die GmbH & Co. KG kein Investmentvermögen und keine Verwaltungsgesellschaft nach dem Kapitalanlagegesetzbuch ist, sind auch höhere Beträge möglich.

7. Verschuldungsgrad

Ein Verschuldungsgrad (Fremdkapital dividiert durch Eigenkapital) der Emittentin, der sich aus dem letzten aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2021 ergibt, kann aufgrund des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages nicht berechnet werden.

8. Aussichten für die vertragsgemäße Zinszahlung und Rückzahlung unter verschiedenen Marktbedingungen

Der Anleger nimmt mit dem eingezahlten Kapital am unternehmerischen Geschäftsrisiko teil. Der wirtschaftliche Erfolg der Vermögensanlage hängt von dem Erfolg des Geschäftsmodells und der Entwicklung des Marktes für Fisch und Algen ab. Marktbedingungen sind insbesondere eine allgemeine Proteinlücke, die Unterversorgung der Weltbevölkerung, die Überfischung der Meere sowie die hohe Nachfrage nach nachhaltig produzierten Lebensmitteln.

Die Emittentin hat auf Basis von Planungsannahmen eine Prognose erstellt. In Abhängigkeit der Marktbedingungen und des Unternehmenserfolges kann die Summe sämtlicher Zahlungen an die Anleger über die Laufzeit stark schwanken. Bei negativen Marktbedingungen kann es dazu kommen, dass keine Basis-, keine Bonuszinszahlung und keine Rückzahlung des partiarischen Nachrangdarlehens erfolgt. Kommt es beispielsweise bei neutralen Marktbedingungen aufgrund negativer EBITDA während der Laufzeit zu keiner Bonusverzinsung, ergibt sich zusätzlich zur Rückzahlung des partiarischen Nachrangdarlehens eine Basisverzinsung des partiarischen Nachrangdarlehens von 8,00% p.a. (act/360) (Early Bird: 9,00%). Entspricht bei positiven Marktbedingungen die Unternehmensentwicklung der Planrechnung der Emittentin, ist mit Basis- und Bonuszinszahlungen und der Rückzahlung des partiarischen Nachrangdarlehens zu rechnen. In diesem Fall beträgt die erwartete durchschnittliche Verzinsung 13,79% p.a. (Early Bird: 14,70%)

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die hier genannten Szenarien exemplarisch sind und nicht die jeweils günstigsten und ungünstigsten anzunehmenden Fälle darstellen. Die Tilgung des partiarischen Nachrangdarlehens und Auszahlung der Basis- und Bonusverzinsung erfolgen nur, sofern das Eigenkapital der Emittentin positiv ist und die Zahlung nicht zu einem Insolvenzgrund der Emittentin führt. Andernfalls wird die Zahlung zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorgetragen.

9. Kosten und Provisionen

Für die Zeichnung und die Verwendung von Fernkommunikationsmitteln werden dem Anleger keine Kosten in Rechnung gestellt. Der Anleger hat keine Provision an die Internet-Dienstleistungsplattform zu zahlen.

Es entstehen bei der Emittentin folgende Kosten für Leistungen der Internet-Dienstleistungsplattform: Während der Platzierungsphase fallen bei der Emittentin einmalig Beratungskosten in Höhe von 17.000,00 € sowie in Abhängigkeit des Finanzierungsvolumens von 7,3% der Summe der gewährten partiarischen Nachrangdarlehensbeträge an („Emissionskosten“), welche mit den Bruttoeinnahmen bezahlt werden. Während der partiarischen Nachrangdarlehens-Laufzeit fallen bei der Emittentin Kosten in Höhe von 1,0% p.a. der Summe der gewährten partiarischen Nachrangdarlehensbeträge an, welche nicht mit den Bruttoeinnahmen bezahlt werden. Bei der Abwicklung der Bonusverzinsung hat die Emittentin anteilig pro Anleger die unter Punkt A.4. genannten Kosten für die Abwicklung der Bonusverzinsung von 15% vor Berücksichtigung der Abwicklungskosten abzuführen. Für die Mittelverwendungskontrolle fallen einmalig Kosten i.H.v. 5000,00 € an, welche mit den Bruttoeinnahmen finanziert werden.

10. Nichtvorliegen maßgeblicher Interessenverflechtungen zwischen der Emittentin und der Internet-Dienstleistungsplattform

Zwischen der Emittentin und dem Unternehmen, das die Internet-Dienstleistungsplattform betreibt, bestehen keine maßgeblichen Interessenverflechtungen im Sinne des § 2a Absatz 5 VermAnlG.

11. Anlegergruppe, auf die die Vermögensanlage abzielt

Die Vermögensanlage richtet sich an Privatkunden im Sinne des § 67 Abs 3 WpHG, wobei auch professionelle Kunden und geeignete Gegenparteien nicht vom Erwerb der Vermögensanlage ausgeschlossen sind.

Solche Anleger sollen einen langfristigen Anlagehorizont verfolgen und bereit sein, die Vermögensanlage bis zum 30.06.2029 (Laufzeitende) zu halten, da ein vorzeitiger Verkauf mangels eines geregelten Zweitmarkts oder eines Kurswerts nur schwer möglich ist. Die tatsächliche Laufzeit hängt vom Zeitpunkt des Vertragsschlusses ab. Solche Anleger sollen sich des unternehmerischen Risikos bewusst sein, aufgrund der mit der Vermögensanlage verbundenen Risiken zumindest über Grundkenntnisse oder Erfahrungen mit gleichen oder ähnlichen Vermögensanlagen verfügen und dazu bereit und fähig sein, einen Verlust von bis zu 100% des eingesetzten Kapitals zu tragen sowie dazu bereit sein, das maximale Risiko der Privatinsolvenz (z.B. bei Fremdfinanzierung) hinzunehmen.

12. Angaben zur schuldrechtlichen oder dinglichen Besicherung der Rückzahlungsansprüche

Angaben zur schuldrechtlichen oder dinglichen Besicherung der Rückzahlungsansprüche sind nicht einschlägig, da es sich nicht um eine Immobilienfinanzierung handelt.

13. Verkaufspreis sämtlicher innerhalb 12 Monaten angebotener, verkaufter und vollständig getilgter Vermögensanlagen der Emittentin

Die Emittentin hat innerhalb der letzten 12 Monate in Deutschland keine Vermögensanlagen im Rahmen eines öffentlichen Angebots angeboten, verkauft oder vollständig getilgt.

14. Nichtvorliegen einer Nachschusspflicht iSd. § 5b Abs. 1 VermAnIG

Eine Nachschusspflicht der Anleger im Sinne des § 5b Abs. 1 VermAnIG besteht nicht.

15. Angaben zur Identität des Mittelverwendungskontrolleurs nach § 5c VermAnIG

Als Mittelverwendungskontrolleur nach § 5c VermAnIG fungiert die Rödl Treuhand Hamburg GmbH Steuerberatungsgesellschaft, Kehrvieler 9, 20457 Hamburg, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 107198. Die Geschäftstätigkeit umfasst gemäß Handelsregisterauszug „die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Steuersachen sowie die für Steuerberatungsgesellschaften gesetzlich und berufsrechtlich zulässigen Tätigkeiten gemäß § 33 in Verbindung mit § 57 Abs. 3 StBerG. Tätigkeiten, die mit dem Beruf des Steuerberaters nicht vereinbar sind, insbesondere gewerbliche Tätigkeiten im Sinne von § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG, wie z. B. Handels- und Bankgeschäfte, sind ausgeschlossen“. Der Mittelverwendungskontrolleur erhält für die vorbereitenden Tätigkeiten zur Einrichtung der Mittelverwendungskontrolle, für die Mittelverwendungskontrolle selbst sowie für das Berichtswesen eine einmalige Vergütung in Höhe von EUR 5.000. Umstände oder Beziehungen, die Interessenkonflikte begründen können, liegen nicht vor. Der Mittelverwendungskontrolleur prüft, ob die Voraussetzungen für die Freigabe der Anlegergelder an den Emittenten gemäß Vertrag vorliegen und gibt die Gelder bei Erfüllung der Voraussetzungen frei. Nach der Freigabe überprüft der Mittelverwendungskontrolleur, ob die freigegebenen Mittel entsprechend dem im Vertrag festgelegten Zweck und den übrigen Bestimmungen verwendet werden. Außerdem erstellt der Mittelverwendungskontrolleur einen Bericht über die Ergebnisse der Mittelverwendungskontrolle und übermittelt diesen an die BaFin.

16. Nichtvorliegen eines Blindpool-Modells iSd § 5b Abs. 2 VermAnIG

Ein Blindpool-Modell im Sinne des § 5b Abs. 2 VermAnIG liegt nicht vor.

B. Gesetzliche Hinweise zur Vermögensanlage

1. Keine inhaltliche Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Die inhaltliche Richtigkeit des Vermögensanlagen-Informationsblattes unterliegt nicht der Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

2. Kein Verkaufsprospekt

Für die Vermögensanlage wurde kein von der Bundesanstalt gebilligter Verkaufsprospekt hinterlegt. Weitergehende Informationen erhält der Anleger unmittelbar von der Anbieterin oder der Emittentin der Vermögensanlage.

3. Letzter offengelegter Jahresabschluss

Der letzte offengelegte Jahresabschluss zum 31.12.2021 kann im elektronischen Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) eingesehen werden. Nach Offenlegung können die Jahresabschlüsse ab dem Geschäftsjahr 2022 im Unternehmensregister (www.unternehmensregister.de) eingesehen werden

4. Haftung

Ansprüche auf der Grundlage einer in dem Vermögensanlagen-Informationsblatt enthaltenen Angabe können nur dann bestehen, wenn die Angabe irreführend oder unrichtig ist und wenn die Vermögensanlage während der Dauer des öffentlichen Angebots, spätestens jedoch innerhalb von zwei Jahren nach dem ersten öffentlichen Angebot der Vermögensanlage im Inland, erworben wird.

C. Weitere Informationen zur Vermögensanlage

1. Zeichnungsmöglichkeiten

Durch die Auswahl eines Betrages auf der Webseite, den der Anleger in Form des partiarischen Nachrangdarlehens investieren will, und entsprechender Bestätigung durch Anklicken des „Bestätigen“-Buttons auf der Webseite, auf der sich der Anleger

zuvor registriert hat, gibt der Anleger ein Angebot auf Abschluss eines partiarischen Nachrangdarlehensvertrages zur Gewährung eines partiarischen Nachrangdarlehens gemäß den Bestimmungen des Vertrages ab. Alternativ kann das Angebot auf Abschluss eines partiarischen Nachrangdarlehensvertrages auch schriftlich durch Übersendung eines Zeichnungsscheins an die Internet-Dienstleistungsplattform abgegeben werden. Eine etwaige Annahme des Angebots eines Anlegers auf Abschluss des partiarischen Nachrangdarlehens durch die Emittentin erfolgt durch Übermittlung einer E-Mail an die vom Anleger bei der Registrierung angegebene E-Mail-Adresse. Die Emittentin behält sich auch die Ablehnung einzelner Angebote von Anlegern ohne Angabe von Gründen vor. Bei Annahme durch die Emittentin entsteht das partiarische Nachrangdarlehensverhältnis zwischen der Emittentin und dem Anleger.

2. Gültigkeitsdauer der zur Verfügung gestellten Informationen

Diese zur Verfügung gestellten Informationen gelten bis zur Mitteilung von Änderungen.

3. Rechtsordnung und Gerichtsstand

Der partiarische Nachrangdarlehensvertrag unterliegt deutschem Recht. Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dem Vertrag ist, soweit gesetzlich zulässig, der Sitz der Emittentin.

4. Erklärungen und Mitteilungen

Erklärungen und Mitteilungen im Verhältnis zwischen Emittentin und Anleger haben schriftlich (per eingeschriebenem Brief an die Anschrift der Emittentin oder per E-Mail) zu erfolgen. Nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten kann der Anleger Erklärungen und Mitteilungen an die Emittentin auch über die Internet-Dienstleistungsplattform abgeben.

5. Widerrufsrecht

Der Anleger hat gem. § 2d VermAnIG das Recht, den partiarischen Nachrangdarlehensvertrag innerhalb von 14 Tagen ab dem Tag des Vertragsabschlusses (Annahme durch die Emittentin) zu widerrufen. Der Widerruf ist in schriftlicher Form durch Erklärung gegenüber der Anbieterin an die Betreiberin der Internet-Dienstleistungsplattform zu senden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Macht der Anleger von diesem Recht Gebrauch, hat die Emittentin unverzüglich ab Zugang des Widerrufs den partiarischen Nachrangdarlehensbetrag (zuzüglich der für diesen Betrag in der Zwischenzeit allenfalls vereinnahmten Zinsen) an den Anleger zurückzahlen. Darüber hinaus steht der partiarische Nachrangdarlehensvertrag unter der auflösenden Bedingung, dass durch Widerrufe von Anlegern der partiarische Gesamtnachrangdarlehensbetrag unter die Funding-Schwelle fällt.

6. Steuerlicher Hinweis für Anleger aus Deutschland (Privatpersonen)

Die Zinsen unterliegen der deutschen Abgeltungsteuer (Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % bezogen auf Kapitalertragsteuer), und werden von der Emittentin einbehalten und an das zuständige Finanzamt abgeführt.

Übertragung eines partiarischen Nachrangdarlehens: Der Gewinn im Rahmen der Übertragung eines partiarischen Nachrangdarlehens unterliegt der deutschen Einkommensteuer zzgl. Solidaritätszuschlag sowie Kirchensteuer und ist im Rahmen der Einkommensteuererklärung anzugeben.

Sparer-Pauschbetrag für deutsche Anleger: Der Sparer-Pauschbetrag ist ein Freibetrag bei der Einkommensteuer in Bezug auf Kapitaleinkünfte in Höhe von EUR 801,00 (verheiratet: EUR 1.602,00) pro Kalenderjahr. Hat der Anleger den Freibetrag bezogen auf die gesamten Kapitaleinkünfte nicht voll ausgeschöpft, wird die gezahlte Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) im Rahmen der Einkommensteuererklärung insoweit erstattet.

D. Angaben zur Investition

Zutreffendes bitte ankreuzen:

Meine Gesamtinvestition in dieses Projekt übersteigt EUR 1.000

Wenn JA, muss zumindest eine der folgenden Bedingungen erfüllt sein:

Mein frei verfügbares Vermögen übersteigt EUR 100.000
(dies beinhaltet Bankguthaben und Finanzinstrumente).

Ich investiere insgesamt nicht mehr als das Doppelte meines durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens in das Projekt.

Meine Gesamtinvestition in dieses Projekt übersteigt EUR 10.000

Wenn JA, muss folgende Bedingung erfüllt sein:

Ich investiere insgesamt nicht mehr als das Doppelte meines durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens in das Projekt.

E. Kenntnisnahme des Warnhinweises gemäß § 15 Abs. 3 und § 15 Abs. 4 VermAnIG

1. Möglichkeiten der Kenntnisnahme des Warnhinweises nach § 13 Absatz 4 Satz 1 VermAnIG

Die Bestätigung der Kenntnisnahme des Warnhinweises nach § 13 Absatz 4 Satz 1 VermAnIG erfolgt entweder gemäß § 15 Abs. 3 VermAnIG durch Unterschrift mit Vor- und Familiennamen auf diesem Vermögensanlagen-Informationsblatt oder – in Fällen, in denen ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet werden – gemäß § 15 Absatz 4 VermAnIG in einer der Unterschriftleistung gleichwertigen Art und Weise. Der Anleger muss die Kenntnisnahme vor Vertragsschluss bestätigen.

2. Kenntnisnahme des Warnhinweises gemäß § 15 Abs. 3 VermAnIG

Mit meiner Unterschrift erkläre ich vor Vertragsschluss, den Warnhinweis auf Seite 1 zur Kenntnis genommen zu haben.

Name: _____

In Blockschrift

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____

Vor- und Nachname